

Vortrag an den Ministerrat

ECOFIN (Budget)-Rat am 10. November 2023 in Brüssel

Zweck des Rates ECOFIN (Budget) war die Vorbereitung des Vermittlungsausschusses zum EU-Haushalt 2024 sowie, im Falle einer Einigung, die Bestätigung des dort erzielten Ergebnisses für den Rat. Das Europäische Parlament (EP) hatte im Zuge des Haushaltsverfahrens entgegen der Position des Rates zum EU-Haushalt 2024 deutliche Budgetaufstockungen gefordert. Nachdem diese Abänderungen vom Rat wiederum nicht akzeptiert werden konnten, musste gemäß Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union der Vermittlungsausschuss, bestehend aus Vertretern von Rat und Europäischem Parlament (EP) unter Mitwirkung der Europäischen Kommission (EK), einberufen werden, um sich auf einen gemeinsamen Entwurf für einen Kompromiss zu verständigen.

Ausgangspunkt für die Verhandlungen aus österreichischer Sicht war der gemeinsam vereinbarte Standpunkt des Rates zum Haushalt 2024, der sich insbesondere auf die Bekämpfung der Folgen des Krieges in der Ukraine konzentriert und entsprechende Mittelerhöhungen gegenüber 2023 beinhaltet hat. Dies sollte aber unter Wahrung von ausreichend Spielraum für Unvorhergesehenes wie z.B. humanitäre Hilfe erfolgen. Während der Verhandlung hat Österreich gemeinsam mit gleichgesinnten Mitgliedstaaten auf diese Ziele hingearbeitet.

Zu Beginn des ECOFIN (Budget) am 10. November 2023 legte der Vorsitz den Standpunkt des Rates dar, der von allen Mitgliedstaaten unterstützt wurde.

Österreich, vertreten durch HStS Florian Tursky, merkte an, dass die Ratsposition zu beachten wäre, denn diese hätte gezielt Einsparungen vorgenommen und so entsprechende Margen für Unvorhergesehenes geschaffen. So sollten die Verzögerung beim Forschungsreaktor ITER für entsprechende Kürzungen herangezogen werden. Auch die Verwaltungskosten sollten im Vergleich zu jenen gemäß EK-Entwurf bzw. EP-Position sinken.

In den anschließenden Verhandlungen zwischen den Vertretern von Rat, EP und EK legte die EK einen weiteren Kompromissvorschlag vor, bei dem sich die Mittel für Verpflichtungen auf 189,385 Mrd. Euro (+1,6% gegenüber 2023) und die Mittel für Zahlungen auf 142,630 Mrd. Euro (-13,7% gegenüber 2023) belaufen.

Diesem letzten Kompromiss der EK konnte eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten sowie das EP im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zustimmen.

Im Anschluss an die Einigung mussten Rat und EP das Ergebnis noch formell bestätigt werden. Auf Seiten des Rates wurde die Einigung am 20. November 2023 im Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ als A-Punkt angenommen. Die Abstimmung im EP erfolgte am 22. November 2023, auch hier wurde die Einigung bestätigt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

1. März 2024

Dr. Magnus Brunner, LL.M.
Bundesminister